
Antrag

der **Piratenfraktion**

Die Qualität der Hochschulen sichern! Akteure vernetzen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat von Berlin soll unverzüglich einen Landesbeirat bestehend aus Vertreter/innen der Beiräte und der Kuratorien der Hochschulen Berlins, der Landeskonzferenz der Rektoren und Präsidenten der Berliner Hochschulen (LRPB), der Landesakademik (LAK), des Studentenwerks, des Senates für Bildung, Jugend und Wissenschaft, des Abgeordnetenhauses, der Landesvertretung akademischer Mittelbau (LAMB), der Industrie- und Handelskammer (IHK), der Privatdozenten, der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) und des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen einberufen.

Dieser soll die Qualität der Lehre, der Forschung und des studentischen Lebens an den Berliner Hochschulen kritisch prüfen, Vorschläge zur Verbesserung erarbeiten sowie Vorschläge und Initiativen des Senats oder des Abgeordnetenhauses bewerten und zu diesen Stellung nehmen.

Der Landesbeirat soll regelmäßig öffentlich tagen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.10.2012 zu berichten.

Begründung

In Berlin soll ein Landesbeirat als öffentliches Forum entstehen, der Vertreter der Legislative, der Senatsverwaltung und Hochschulvertreter regelmäßig zur Beratung und zum Austausch

einlädt. Es sollten dabei alle Statusgruppen der Hochschulen gemeinsam mit Entscheidungsträgern von Hochschulen und des Landes eine gemeinsame Plattform finden, um die Qualität der Lehre und der Forschung zu verbessern.

Viele Probleme stehen an, die auf vielen Schultern verteilt werden müssen. Marode Hochschulgebäude werden nicht saniert. Die Kosten haben sich in den letzten Jahrzehnten auf 980 Millionen €aufgestaut. Die Exzellenzinitiative und die Anbiederung der Hochschulen an die privat finanzierte Forschung haben der Qualität der Lehre nicht gut getan. Im Zuge des Bologna Prozesses hat sich eine Regelstudienzeit von 3 bis 4 Jahren etabliert, die in der Kombination mit der Pflicht, in jeder Veranstaltung benotet zu werden, letztlich Leistungsdruck und Stress verursacht. Die Modularisierung der Lehre hat zur Einführung des Abschlusses "Bachelor" geführt, der nicht in den ersten Arbeitsmarkt führt. Die Zulassung zum Master wird durch fragwürdige NCs, komplizierte Fächerkombinationen und sonstige Hürden erschwert. Hörsäle und Seminarräume sind überfüllt. Im kommenden Wintersemester 2012/2013 ist ein extremer Anstieg der Studienanfänger durch zwei Abiturjahrgänge und den Wegfall der Wehrpflicht und Zivildienstes zu erwarten. Bis heute ist unklar, wie der Senat dem begegnen möchte.

Nicht nur die jüngsten ambivalenten Entscheidungen um die Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ haben gezeigt, wie Betroffene, Studierende, genauso wie Rektoren übergangen werden. In Berlin kommt es daher immer wieder zu Protesten in der Hochschulpolitik. Der Grund für jene Proteste ist immer der Gleiche: Es fehlt in Berlin an einem Landesbeirat, in dem jene Probleme mit allen Betroffenen debattiert werden können. Es ist nicht mehr hinzunehmen, dass im Land Berlin Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden, die nicht mit allen Akteuren abgestimmt werden. Es ist schlicht notwendig, einen Landesbeirat einzuberufen, in dem alle Akteure miteinander vernetzt werden, in dem alle Vertreter gemeinsam nach Auswegen und Lösungen suchen, in dem Vorschläge erarbeitet werden, die Hochschullandschaft Berlins maßgeblich zu verbessern.

Die bisher bestehende Landeskommision für die Struktur der Universitäten nach §7b BerlHG erfüllt die hier vorgelegten Ansprüche an einen Landesbeirat nicht. Ihr Aufgabengebiet umfasst lediglich die Veränderung und oder Aufhebung von Fachbereichen, Instituten, Einrichtungen, Betriebseinheiten oder von Studiengängen. Ihr gehören weiterhin eine Reihe von Akteuren in der Hochschulpolitik nicht an, die die Qualität der Hochschulen sichern.

Der im §115 SchulG festgelegte Landesschulbeirat ist genauso ein Erfolg, wie der im § 6 PartIntG formulierte Beirat für Integrations- und Migrationsfragen. Entsprechend ist auch für die Hochschulen im Land Berlin ein Beirat einzusetzen.

Berlin, den 15. Mai 2012

Delius
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion